

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 M.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Hilfs-Büro).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 84.

Berlin, Mittwoch, 19. Oktober 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Der Streik der französischen Eisenbahner. — Der Friede auf den Werften. — Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Der Streik der französischen Eisenbahner.

Am Mittwoch voriger Woche sind die Arbeiter und Angestellten der französischen Nordbahn, die das nördliche Europa mit Paris verbindet, in den Ausstand getreten. Der bald darauf beschlossene Generalstreik kam nicht zur Ausführung, denn das Veronal der anderen Eisenbahnlinien Frankreichs gab der Aufforderung, ebenfalls in den Streik einzutreten, nur zu einem Teil Folge.

Der Streik drohte schon seit Monaten. Das Eisenbahner Syndikat und die Vertreter der Polizei und Lokomotivführer hatten vor Ausbruch des Kampfes Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Briand und dem Eisenbahnminister Millerand. Die beiden Staatsmänner hatten ihnen geraten, die Wünsche der Eisenbahner bestimmt zu formulieren, und die Versicherung gegeben, sie wollten diese Wünsche den Unternehmern unterbreiten und sich bemühen, Einigungsverhandlungen zwischen beiden Teilen herbeizuführen. Ein kleiner Konflikt in der Pariser Werkstatte der Nordbahn brachte den in seinen Einzelheiten vorbereiteten Streik aber vorzeitig zum Ausbruch.

Die Streikstimmung hatte nebenher auch einen zweiseitigen äußeren Anlaß. Zweifellos haben die Vorgänge in Portugal erregend auf die Gemüter eingewirkt. Dann aber hat auch der politische Haß der revolutionär-sozialistischen Führung der vorher reformistischen Organisation der Eisenbahner gegen den früheren „Genossen“ und gegenwärtigen Minister Millerand eine Rolle gespielt. Millerand war der erste Sozialist, der französischer Minister wurde. Seine radikalen „Genossen“ kündigten ihm bald die Freundschaft, da ein Sozialist nicht in ein bürgerliches Ministerium eintreten dürfe. Millerand blieb indes Minister und ist es jetzt zum zweiten Male. Auch der französische Ministerpräsident Briand ist früher selbst ein revolutionärer Sozialist gewesen. Zwischen ihm und seinen früheren Parteigenossen sind aber ebenfalls alle Fäden längst zerrissen. Neben den Genannten sitzt noch ein dritter Sozialist Viviani im Ministerium. Nur er unterhält noch Beziehungen zur Partei. Bei den gegenwärtigen Vorgängen ist er indessen nirgends hervorgetreten.

Briands Regierung hat gegen die Streikenden sofort die denkbar schärfsten Maßnahmen angeordnet. Die Führer sind verhaftet und die Eisenbahner zu einer militärischen Uebung beordert worden, um als Soldaten zum Eisenbahndienst kommandiert zu werden. Briand hat erklärt, daß es sich bei dieser Bewegung für ihn nicht um einen Streik, sondern um einen Aufruhr handle. Die Regierung stehe nicht einem Streik, sondern einem verbrecherischen Unternehmen gegenüber.

Die Sozialisten der Partei Jaurès' hatten die Führer des Streiks in die Redaktion der sozialistischen „Humanité“ gebracht und der Regierung die Mitteilung gemacht, daß hier die Verhaftung vorgenommen werden könne. Das gab dem Vorgang nach außen hin einen starken Effekt. Denn Briand ist der Mitbegründer der „Humanité“. In welcher Weise sich dann die Verhaftung der Streikführer in der Redaktion vollzogen hat, schildert der „Vorwärts“ in folgender Weise: „Als in der Nacht vom 12. auf den 13. Oktober die Polizisten unter Führung des noblen Herrn Lepine

in die Redaktion der „Humanité“ einbrangen, um das Streikkomitee zu verhaften, da rief ihnen Alexander Varenne, der ehemalige Deputierte und jetzige Sekretär des Syndikats der Eisenbahner, zu: „Briand war es, der mich als Sekretär anstellte!“ Und „Nieder mit dem Verräter“ brauste es durch den Saal. Als die Polizisten nach einem zweiten der zu Verhaftenden, dem Genossen Renault, fragten, antwortete man ihnen: „Dort sitzt er in dem ehemaligen Sessel Briands“. Und in der Tat: die „Humanité“ hat ihre Schande: Briand gehörte zu ihren Begründern und man bewahrt zum Andenken seinen Sessel auf und die Feder, mit der er die Artikel gegen den Militarismus, gegen die Regierung, gegen die Bourgeoisie schrieb. Die Feder liegt an ihrer Stelle; aber die Hand, die sie führte, hat sich mit Schmutz bedeckt und — trieft vom Blute der Arbeiter!

Im Vorraum der Redaktion hängt ein künstlerisch schönes Plakat: Kavallerie reitet eine Attacke gegen das Volk; Kinder, Greise und Frauen werden niedergeworfen, Blut schießt in Strömen. Geritten wurde diese Attacke auf Befehl Briands. Und an der Spitze des Platates liest man folgendes:

„Arbeiter, greift zu Sensen, Beilen und Fiden! Los gegen eure Feinde, die Ausbeuter des Volkes. Dann werde ich in eurer Mitte sein. — So sprach Briand am 10. April 1899.“

Die Polizisten sahen das Plakat. Sie führen heute die Befehle des Verräters aus, der die Worte sprach.

Aristide Briand, der stets die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten aufreizte, hehlt heute als Knecht der Plutokratie die Polizei gegen das Volk! Ihm selundiert Herr Millerand, der die schöne Theorie vom „sozialistischen Ministerialismus“, vom „regierungsfähigen Sozialismus“ aufstellte. Die „soziale Reform“ haben die Herren vergessen und besorgen im Dienste des Kapitals die schmutzigsten Dienste. Stets waren Renegaten die verächtlichsten Kreaturen.“

Zwischen dem Briand von 1899 und dem Briand von 1910 ist allerdings ein gewaltiger Unterschied. Wenn Sozialisten zur Regierung kommen, so beweisen sie eben nur, daß sozialdemokratisch nicht regiert werden kann. Das liegt in der Natur der Staatsorganisation. Wenn wir in Deutschland ein sozialistisches Ministerium hätten, so würde sich auch dieses einen Streik der Eisenbahner wohl kaum ruhig gefallen lassen; denn ein Streik dieser Art unterbindet sofort das Leben der ganzen Nation.

Die Gewerksvereine haben in ihrem von unserem Vorstehenden dem Verbandstage erstatteten Bericht sich eingehend über die Frage eines Streiks im öffentlichen Dienste ausgesprochen. Ruhig denkende Sozialisten kommen ebenso wie wir zur Ablehnung des Streiks in öffentlichen Betrieben. Als im vorigen Jahr in Schweden der Generalstreik proklamiert wurde, waren alle Arbeiter der Ueberzeugung, daß die Eisenbahner nicht in den Kampf einbezogen werden dürften. Der Verkehr ertrage keine Unterbrechung.

Alle bisherigen Eisenbahnerstreiks sind auch mißglückt, weil sie die öffentliche Meinung gegen sich hatten. Der Führer der holländischen Sozialdemokratie, Troelstra, erklärte, es bestehe ein Unterschied zwischen gewöhnlichen Gewerkschaften

und Organisationen von Personen im öffentlichen Dienst. Die gewöhnlichen Gewerkschaften trafen mit dem Streik den Kapitalisten, die Organisationen der Arbeiter im öffentlichen Dienst würden mit einem Streik das Publikum treffen, also auch die Mitglieder der anderen Organisationen. Denn sie würden die öffentliche Meinung gegen sich einnehmen und durch ihre Arbeitseinstellung Uneinigkeit unter die Arbeiter selbst tragen.

Der französische Eisenbahnerstreik hat diese Auffassung schon jetzt bestätigt. Auch er darf nach den letzten Nachrichten als gescheitert angesehen werden. Revolutionäre Lebensarten lassen sich nicht in praktische Taten umwandeln. Der Mißerfolg aber wird die Wirkung haben, daß die französischen Eisenbahner sich der neuen sozialistischen Führung recht bald entledigen. Denn in ihrem Kerne ist die Organisation auch heute noch reformistisch geblieben. Wenn die Eisenbahner geschlossen und verständlich vorgehen, die Öffentlichkeit von ihrer Notlage überzeugen, so werden sie diese auf ihre Seite bringen können. Dann werden aber auch die Eisenbahngesellschaftigen Frankreichs sich nicht länger weigern können, die berechtigten Wünsche auf Erhöhung des Einkommens und auf Regelung der Pensionsverhältnisse zu erfüllen.

Von den 40 000 Kilometern Eisenbahnlänge sind nur 4000 Kilometer im Besitze der französischen Republik; die übrigen 36 000 verteilen sich auf die Linien verschiedener Privatgesellschaften. Das kleine Staatsbahnnetz, das durch die im vorigen Jahre erfolgte Verstaatlichung der Westbahn mächtig erweitert worden ist, blieb außerhalb des Streiks.

Die Lebensmittel sind auch in Frankreich im Preise gestiegen, so daß die Unzufriedenheit sowohl der Eisenbahner als der anderen Arbeiter wohl zu verstehen ist. Nach den Rezepten der sozialistischen Revolutionäre kann ihnen aber eine praktische Hilfe nicht werden. Wer darüber bisher noch anders dachte, wird jetzt seinen Irrtum bestätigt finden.

R. G.

## Der Friede auf den Werften

Konnte in der vorigen Woche noch nicht überall zur Geltung kommen. Die Einstellung der ausgesperrten und streikenden Arbeiter machte besonders auf den Hamburger Werften Schwierigkeiten, indem man einen Teil der Arbeiterkraft auf die Zukunft vertröstete und die Einstellungen durchaus nicht sofort, wie es in den Abmachungen festgelegt war, vornehmen wollte. Eine weitere Schwierigkeit entstand daraus, daß den Arbeitern, die vor dem Kampfe Afforde angefangen hatten und sie jetzt fertigstellen wollten, die Zeit, welche bei diesen Arbeiten bereits verwendet worden war, von dem Gesamtpreis des Affordes in Abzug gebracht werden sollte, unter Einrechnung eines prozentualen Affordzuschlages, den die betreffenden Arbeiter aber in Wirklichkeit nicht erhalten haben. Die Arbeiter waren dadurch entschieden geschädigt. Den Arbeitgebervertretern ist unter Hinweis auf die Beschlüsse der Werftarbeiterkonferenz vom 6. Oktober erklärt worden, daß den Arbeitern die Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen werden soll, wenn:

1. alle Arbeiter wieder eingestellt würden.
2. eine Sicherung des Afford-Anteils stattfände.

Als am 10. Oktober die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte — und zwar geschah das auf Wunsch der Arbeitgebervertreter in der Verhandlungskommission —, stellte sich heraus, daß die Werftarbeiter von diesen Abmachungen noch nicht genügend unterrichtet waren und deshalb auch diese Voraussetzungen zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht kannten. In Hamburg legten daher alle Arbeiter bei sämtlichen Werften am Montag, den 10.,

bezo. Dienstag, den 11. Oktober, die Arbeit einmütig wieder nieder, so daß neue Verhandlungen stattfanden, deren Ergebnis folgende Lösung der Einstellungsfrage zeitigte:

Die Wiederaufnahme aller Arbeiter soll an einem noch festzusetzenden Tage erfolgen. Die auswärtig befindlichen Arbeiter können sich innerhalb einer Woche zur Wiederaufnahme melden. Wer sich innerhalb dieser Zeit nicht meldet, muß sich dann an den Arbeitsnachweis wenden. Die rechtzeitig gemeldeten Arbeiter werden auf ihre frühere Arbeitsstelle ohne Benutzung des Arbeitsnachweises bis Ende Oktober wieder eingestellt, und zwar soll das in drei bis vier Tagen von dem noch festzusetzenden Tage ab ausgeführt werden, soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten. Diese Arbeiter sollen in die alten Afforde eintreten und ihnen die in Frage stehenden Affordüberhänge nach Fertigstellung der betreffenden Afforde ausgezahlt werden. Sind angefangene Afforde inzwischen von anderen Arbeitern fertiggestellt worden, so wird den wieder angenommenen Arbeitern der sich ergebende Ueberdienst nach Maßgabe der auf die Afforde verwendeten Zeit ausbezahlt. Das gleiche Recht sollen die Arbeiter erhalten, die bei der Eröffnung der Betriebe mit Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse in ihre früheren Arbeitsstellen nicht wieder eingestellt werden können. Neueinstellung anderer Arbeiter durch den Arbeitsnachweis erfolgt nicht eher, als bis die Berufen ihre streikenden und ausgeperrten Arbeiter in allen Kategorien sämtlich wieder eingestellt haben.

Damit wäre also diese streitige Frage nun auch geklärt. Die Vertreter der Arbeiter haben am Sonnabend, den 15., die Friedens-Präliminarien unterschrieben; jetzt bleibt nur noch die Hamburg-Amerika-Linie übrig, die sich zu keinerlei Zugeständnissen bereit erklärt und ohne deren Erledigung in Hamburg die Arbeit wohl nicht aufgenommen werden wird. Es steht zu erwarten, daß am 17. diese Angelegenheit auch zur Erledigung gelangt, so daß im Laufe dieser Woche alle Arbeiter wieder zur Einstellung gelangen können. Damit wäre dieser gewaltige Kampf für diesmal beendet. Wir sprechen dabei den Wunsch aus, daß es den örtlichen Verhandlungskommissionen nunmehr gelingen möge, auch für die Beilegung der noch schwebenden örtlichen Streitpunkte eine gute Lösung zu finden, so daß daraus dann ein für längere Zeit dauernder Friede entsteht.

### □ Oesterreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs.

#### VII.

Wir sagten, die Industriellen Oesterreichs seien meist Deutsche, worauf mancher fragen wird, warum diese denn nicht die deutschen Arbeiter schützen und bevorzugen und dadurch dem andrängenden Slawentum Halt gebieten. Die Antwort ist leicht gegeben. Kapital neigt zum Internationalismus. Der Profit ist nicht national, und selbst der nationale Unternehmer kommt leicht in den Interessenkonflikt zwischen seiner deutschen nationalen Seele und seinem internationalen Geldbeutel, wobei oft der letztere Sieger bleibt. Dabei ist zu bedenken, daß oft genug der deutsche Arbeiter auswandert, ohne daß er direkt sichtbar durch Tschechen verdrängt wurde. Er geht wegen der allgemein geringen Löhne, die eben so gering sind, weil stets ein Ueberangebot tschechischer Arbeitskräfte vorhanden ist. Für die so entfallenden Läden muß dann der Unternehmer Tschechen einstellen. „Halb zog sie ihn, halb sank er hin.“ Er tut es, indem er vielleicht gleichzeitig einige Gelder für deutsche Schutzvereine gibt oder bei Wahlen für einen deutsch-radikalen Abgeordneten tätig ist. So wie bei uns das Zentrum eine kleine Summe aus der Zollbelastung für Witwen- und Waisenversicherung aufsparen wollte. Man schloß sich dem an. Wenn sich das Deutschtum Oesterreichs auf die deutschen Unternehmer verlassen will, ist es verraten und verkauft, was nicht abschließt, daß viele einzelne unter ihnen auch ihre nationale Pflicht tun.

Aus diesem Umstande vielleicht erklären sich auch noch zwei Dinge, die den Reichsdeutschen in Oesterreich fremd anmuten. Das ist zunächst der starke Antisemitismus, der — außer der Sozialdemokratie — fast alle deutschen Parteien heute noch stark beeinflusst. Die deutschen Unternehmer sind vielfach deutsche Juden. Dem Juden sagt man von jeher einen internationalen Zug nach. So hat der Klassengegenatz zwischen deutschem Unternehmer und deutschen Arbeitern antisemitische Begleiterscheinungen. Vielleicht ist dies auch nur eine fortwirkende Nachfolge des Privilegienparlamentarismus von vor 1907, die jetzt unter dem allgemeinen Wahlrecht nach und nach verschwindet.

Die andere Auffälligkeit ist, daß die Sozialdemokratie als Partei des Kapitalismus gilt. Kapitalismus und Sozialdemokratie sind international. Kommt hinzu, daß die Sozialdemokratie alles tut, um den Kapitalismus zu fördern, und weiter, daß tatsächlich eine Menge auch metallener Verbindungen zwischen industriellen Unternehmern und der Sozialdemokratie zu bestehen scheinen. Eine Reihe Fabrikanten sollen direkt ihre Arbeiter zwingen, bei Wahlen sozialdemokratisch zu stimmen. Genug, die kapitalistischen Kreise in Reichsdeutschland gelten drüben als Kapitalistenbrüder. „Rechter Hand, linker Hand...“ Auch bei der vor kurzem stattgefundenen Lohnbewegung der Eisenbahner auf der österreichischen Südbahn war der deutsche Reichsbund der Führer in der passiven Resistenz, während die sozialdemokratisch organisierten Eisenbahner Streikbrecherdienste leisteten.

Durch den Zusammenhang all der geschilderten Erscheinungen entsteht nun die stärkste Seite der deutschen Arbeiterbewegung Oesterreichs, und zwar gerade in ihrer Zweiteilung in Gewerksverein und eigene Arbeiterpartei. Soll deutsche Kultur in Oesterreich geschützt werden, so kann das nur die deutsche Arbeiterpartei leisten. Die deutsche Arbeiterbewegung ist nicht nur eine deutsche Gruppe unter vielen, sie ist die deutsche Bewegung schlechthin, die einzige, die eine Zukunft hat, die einzige, die wirklich das Deutschtum sichern kann, oder, wie es der Sozialpolitiker Prof. Herkner (zitiert bei Charnak, Seite 86) ausgedrückt hat:

„Die soziale Reform ist nicht einer der Wege, auf denen die Zukunft des Deutschtums sicher gestellt werden kann, sie ist der einzige Weg, der Weg schlechthin, der wirklich die Erreichung des Zieles verbürgt.“

Indem die Deutschen Gewerksvereine Oesterreichs durch straffe Organisation der Arbeiter, durch Abschluß von Tarifverträgen usw. dem deutschen Arbeiter gute Löhne erzwingen, sichern sie ihm seinen Arbeitsplatz, schützen ihn vor Verelendung und Auswanderung — nach Kenner ist Kindersterblichkeit, allgemeine Sterblichkeit und Analphabetentum bei den Deutschen größer als bei den Tschechen —, genug, sie halten die deutsche Bevölkerung im Lande fest und verhindern damit die Ausdehnung des Slawentums. Der Slawe wird seine Kulturerrungenschaften nicht mehr aus der Haut deutscher Arbeiter schneiden können. Da der Slawismus aber kulturbedürftig ist, wird er sich eine solche selbst schaffen müssen, was u. a. bedeutet, daß er sich vor allem eine Industrie schaffen muß. Es ist hier nicht der Ort, um darzulegen, wie Oesterreich nur auf diesem Wege als Staat geunden kann. Aber die notwendige Ergänzung dieser Arbeit ist die eigene deutsche Arbeiterpartei. Sie hat auf politischem Gebiet durchzusehen, was die wirtschaftliche Organisation vorbereitet, und kann darin zu Großem berufen sein. Sie wird sich freilich bald klar werden müssen, wie sie zur deutschen Intelligenz steht. Denn diese ist ihr gewissermaßen von Natur bestimmter Bundesgenosse. Auch der Deutsche aus anderen Wirtschaftsgruppen findet die beste Vertretung bei der deutschen Arbeiterpartei. Aber diese sollte Wert legen auf ihren Charakter als scharfe Arbeiter-Klassenpartei, soll sich von faulen Kompromissen fernhalten und zielklar ihren Weg gehen. Was Charnak in seinem schönen Buch von der Wirtschaftspolitik sagt, gilt noch mehr für die gesamte Haltung der deutschen Arbeiter Oesterreichs:

„Wer segensreiche Wirtschaftspolitik treiben will, der darf nicht nach Krämerart vorgehen, sondern muß sich zur Großzügigkeit aufraffen, denn die Erreichbarkeit der Ziele hängt nicht von deren Entfernung ab.“

Die Literatur der deutschen Arbeiterbewegung Oesterreichs ist noch recht spärlich, und vielleicht sind es nur die allerersten Führer, die den engen Zusammenhang zwischen der deutschen Arbeiterbewegung und der Zukunft Oesterreichs erkannt haben. Aber für die Kraft einer Bewegung ist — und besonders in der ersten Entwicklungszeit — nicht entscheidend, ob jedes Mitglied die Theorie beherrscht, sondern was sich als unbewusstes Gefühl in den Herzen der Tausende regt, ist fast stets wichtiger als die Theorie. Dies Gefühl kann durch die Theorie geklärt und damit vervielfacht werden. Selten ist die Theorie in der ersten Entwicklungszeit vorhanden, das Gefühl zu schaffen. Wer mit deutschen Arbeitern in Oesterreich in persönliche Berührung tritt, gewinnt den Eindruck, daß hier ein starkes Nationalgefühl gepaart mit Klassenbewußtsein vorhanden ist, das den Erfolg der Bewegung verbürgt, und im gemütlichen Kreise einer Anzahl deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen fühlt man selbst, daß hier eine Bewegung ist, deren Mitglieder nicht das höchste Ziel in Unterstützungseinsichtungen sehen. Hier ist Kulturstreben lebendig; das unbewusste Ahnen einer neueren, besseren Zeit

umschlingt alle. Wenn man will: Diese Menschen haben eine Weltanschauung, humpeln nicht nach rechts und links in innerer Haltlosigkeit, sondern gehen stramm geradeaus. Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungmannschaften schaffen Hand in Hand. Wo ein starkes, unbewusstes Sehnen in breiten Schichten lebendig ist, macht es sich gern Luft, in Volkspoesie, in Volksliedern. Man prüfe das nachstehende „Lied der deutschen Arbeiter“, das nach der Weise: „Hast Du dem Lied der alten Eichen“ gesungen wird.

Wer gab dem deutschen Volk die Stärke,  
Wer half aus Knechtschaft es befreien?  
Wer schuf die größten deutschen Werke  
In aller Welt aus Erz und Stein?  
Der Fleiß der deutschen Arbeiter  
Hat dies mit Kraft und Blut geschafft,  
Drum Heil! Ihr deutschen Arbeitermänner,  
Des deutschen Volkes stärkste Kraft!

Das echte Deutschtum werden halten  
Die deutschen Arbeitermänner treu,  
Nag sich das Bürgertum zerpalten,  
Der Arbeitermann bleibt deutsch und frei!  
Die frische Kraft der deutschen Männer  
Dient nie als Knecht dem fremden Herrn,  
Drum Heil! Ihr deutschen Arbeitermänner,  
Des deutschen Volkes wahrster Kern!

Wir Arbeitermänner sehn verlassend,  
Von Abel, Gold und Macht getrennt;  
Doch deutsche Art wir niemals lassen,  
Die Einigkeit bringt uns ein Recht!  
Der deutschen Sprache, Arbeitermänner,  
Und unserer Freiheit weißt das Blut,  
Ein Heil! Ihr deutschen Arbeitermänner,  
Des deutschen Volkes fetter Mut!

Laßt tönen laut der Freiheit Lieder,  
Die Hände reicht euch zum Bund,  
Wir sind ja Söhne, deutsche Brüder,  
Die Treu bewahr'n im Bergensgrund.  
Und werden sie wahr, die schweren Stunden,  
Heil Freiheit, deutschem Mannesmut!  
Stolz blähe auf aus deutschen Wunden  
Du großes, hohes, heilig Gut!

### Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. Oktober 1910.

Die Ortsverbände erhalten im Laufe dieser Woche Zuschriften des geschäftsführenden Ausschusses, denen wir ganz besondere Beachtung zu schenken bitten. In dem einen Schreiben werden die Ortsverbände aufgefordert, die Gründung von Jugendabteilungen vorzunehmen, um schon die jungen Leute für unsere Ideen zu begeistern und für unsere Organisation zu gewinnen. Es ist ein Normalstatut beigelegt, das vom geschäftsführenden Ausschuss ausgearbeitet und als Grundlage für alle Jugendabteilungen im Reich dienen soll.

Weiter enthält die Sendung eine Mahnung zur Unterstützung des Gewerksvereins der Deutschen Frauen und Mädchen. Der letzte Verbandstag hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Verbandskollegen die kleineren Gewerksvereine und insbesondere den Gewerksverein der Frauen und Mädchen mehr als bisher zu fördern bemüht sein sollen. Das Ansprechen des geschäftsführenden Ausschusses gibt dazu eine erneute Anregung. Es darf wohl erwartet werden, daß die beiden Schriftstücke die gebührende Beachtung finden. Es genügt nicht, daß dieselben in den nächsten Ortsverbandsversammlungen zur Verlesung gelangen und dann ad acta gelegt werden, sondern es ist unbedingt erforderlich, daß den Anforderungen auch nachgekommen wird, und daß die Ortsverbände und die in ihnen an erster Stelle tätigen Kollegen alles aufbieten, eine starke Jugendorganisation ins Leben zu rufen und den Gewerksverein der Frauen mit Rat und Tat in der Aktion energisch unterstützen, getreu dem alten Gewerksvereinsgrundsatz: Einer für alle, alle für einen!

Ihre Stellung zur Reichsversicherungsordnung haben auch in Bayern in letzter Zeit zahlreiche Versammlungen zu erkennen gegeben. Öffentliche Versammlungen fanden statt in Lechhausen, Rempten, Ferse, Schrobenhausen und Weichenburg, Mitgliederversammlungen in Augsburg, Fürth, Kürnbera und Schwabach. Referent war der Bezirksleiter Kollege Rieger-Augsburg. In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, die dem Reichstage überandt worden ist.

Somit sind uns noch Berichte zugegangen über Versammlungen der Ortsverbände Cannstatt, Dresden, Erlangen, Frankfurt a. O., Gelsenkirchen, Gagen, Kaiserslautern, Leobschütz, Neuwals a. O., Penia, Saarbrücken und Strallund. Davon nahmen die Ortsverbände Erlangen, Kai-

Verlautern, Renig und Saarbrücken auch gleichzeitig Stellung zu der herrschenden Fleischnot.

Die Reichsversicherungsordnungs-Kommission hat die Beratung der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung beendet und damit auch das 4. Buch des Entwurfes erledigt. Von dem Vermögen der Versicherungsanstalten soll in Zukunft mindestens ein Viertel in Anleihen des Reiches oder der Bundesstaaten angelegt werden. Auch die Sonderanstalten der Staatsbetriebe usw. sollen zum Ankauf solcher Papiere verpflichtet sein.

Bekanntlich gelten Krankheitswochen als Beitragswochen, d. h. die auf eine Krankheit entfallenden Wochen werden, obgleich für diese Zeit Marken nicht geklebt sind, so behandelt, als wenn Marken der zweiten Lohnklasse geklebt wären. Es werden dabei die vollen Wochen bis zu einem Jahre angerechnet, in denen der Versicherte krank war. Auch die Genesungszeit wird der Krankheit gleich gerechnet. Das soll auch auf die Dauer von höchstens 8 Wochen für die durch eine Niederkunft veranlaßte Arbeitsunfähigkeit gelten, von denen mindestens 6 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Auch Schwangerschaftsbeschwerden sollen als Krankheit gelten.

Während bisher Beiträge nachträglich nur für 2 Jahre rückwärts entrichtet werden durften, ist die Frist jetzt auf 4 Jahre verlängert worden. Ein Verschulden des Versicherten an dem Ungültigwerden der Quittungskarte soll dann nicht vorliegen, wenn der Arbeitgeber die Karte aufbewahrt und sie nicht zur richtigen Zeit ordnungsgemäß umgetauscht hat.

Die gesetzliche Regelung der KonkurrenzklauseL mit der wir uns erst kürzlich ausführlich beschäftigt haben, scheint nicht gerade die besten Aussichten zu haben. Das zeigen die Auslassungen einer Korrespondenz, die offenbar offiziellen Charakter hat. Darin wird zunächst auf die Vorschläge des preussischen Handelsministers verwiesen, die den Handelsvertretungen zur Begutachtung unterbreitet worden sind, und dann heißt es:

Nachdem die überwiegende Zahl der Gutachten eingegangen war, haben inzwischen wieder kommissarische Beratungen der beteiligten Ressorts stattgefunden. Man darf heute als sicher annehmen, daß es nicht mehr möglich sein wird, in der bevorstehenden nächsten Session der laufenden Legislaturperiode die geplanten Novellen zu verabschieden. Deswegen dürfte man auch darauf verzichten, so wichtige Vorlagen im Reichstage kurz vor Jahreschluss einzubringen. Denn die Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der KonkurrenzklauseL, ihre Dauer und die Höhe der dafür zu gewährenden Entschädigungen gehen soweit auseinander, daß noch gar nicht abzusehen ist, wie eine Verständigung herbeigeführt werden kann. Einige große Industrien, wie die chemische, stimmen dem Prinzip der bezahlten Karenz fast uneingeschränkt zu; andere lehnen es grundsätzlich ab. Es ergibt sich eben aus dem Gutachten, daß die Bedürfnisse der einzelnen Industrien in dieser Beziehung so außerordentlich verschieden sind, daß eine einheitliche Regelung große Schwierigkeiten verursacht. Für die kaufmännischen Angestellten wird überwiegend die Befreiung der KonkurrenzklauseL gefordert. Es wird daher noch sehr gründlicher Vorarbeiten unter Hinzuziehung von Vertretern der beteiligten Kreise bedürfen, um festzustellen, nach welcher Richtung eine Abänderung der Bestimmungen im Handelsgesetzbuch und in der Gewerbeordnung möglich ist.

Wir vermögen nicht einzusehen, weshalb noch „sehr gründliche Vorarbeiten“ nötig sind. Die Vorschläge sind den Handelsvertretungen zur Begutachtung unterbreitet worden. „Für die kaufmännischen Angestellten wird überwiegend die Befreiung der KonkurrenzklauseL gefordert.“ Nun also! Dann soll man doch kurzen Prozeß machen und die KonkurrenzklauseL einfach verbieten. Die Handelsangestellten wünschen dies ja auch. Es ist also beiden Teilen geholfen.

Arbeiterbewegung. In der Schuhfabrik von Dorndorf zu Breslau dauert der Streik noch fort. Es haben sich nur wenige Arbeitswillige gefunden, so daß die Firma nur mit Mühe den Betrieb in ganz kleinem Maßstabe aufrecht erhalten kann. — In Düsseldorf sind die Elektrotechniker in den Streik getreten. — Die Straßenbahner in Bremen haben mit überwältigender Mehrheit beschlossen, in den Ausstand zu treten, so daß am Sonnabend keine Wagen in den Straßen verkehrten. Die Direktion hat einen Einigungsantrag des Vorstehenden des Gewerbevereins, dem von den Angestellten zugestimmt wurde, abgelehnt. — In einer Lohnbewegung befinden sich die Kassierer der „Victoria“-Versicherungsgesellschaft in Hamburg. Von Ver-

handlungen mit den Vertretern der Organisation will die Gesellschaft nichts wissen.

In Paris streiken seit einiger Zeit die Bauarbeiter. Ihre Zahl soll etwa 80 000 betragen. Im Verlaufe der Bewegung ist es mehrfach zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Bundesrat und Fleischsteuerung. Nach Telegrammnachrichten soll sich der Bundesrat in seiner am 13. Oktober abgehaltenen Sitzung mit der Fleischnot beschäftigt haben. Das trifft indessen nur insoweit zu, als der Bundesrat die vom Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine abgefaßte Resolution gegen die Fleischsteuerung zur Kenntnis genommen und an den Reichskanzler verwiesen hat. Diese Art der Behandlung ist wenig Erfolg versprechend. Denn wenn der Bundesrat einer Angelegenheit sofort näherzutreten will, so verweist er sie nicht an den Reichskanzler, sondern an einen Ausschuß. Danach hat es den Anschein, als ob alles beim alten bleiben soll.

Eine Parade der Gelben hat am letzten Sonntag in Magdeburg stattgefunden. Wie bei früheren Gelegenheiten hatte man sich der Beteiligung der vornehmsten Kreise zu erfreuen. An der Eröffnungsfeier nahm sogar der Oberpräsident der Provinz Sachsen teil, und bei den eigentlichen Verhandlungen waren der Regierungspräsident, der Polizeipräsident und u. a. auch der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, Frhr. v. Reitzwitz, anwesend. Daß auch der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Kobelt sich eingefunden hatte, ist tief bedauerlich. Zu seiner Entschuldigung nehmen wir an, daß er nicht wußte, in welcher gemischten Gesellschaft er sich auf jener Konferenz befand. Immerhin kann man es danach verstehen, daß die Herren Gelben sich sehr wichtig fühlten und auch bei ihrer Verichterstattung den Mund recht voll nahmen. Behaupten sie doch, daß über 100 000 Arbeiter in Magdeburg vertreten gewesen seien. Wir wollen uns über die Zahl mit ihnen nicht streiten. Das steht jedenfalls fest, daß ebenso wie in den „freien“ Gewerkschaften auch in den gelben Vereinen zahllose Zwangsglieder sind, die eben „nicht anders können“. Und daß die „Gelben“ oder auch die „Vaterländischen“ selbst von den Unternehmern nicht für voll angesehen werden, zeigen am besten die Vorgänge im Werftarbeiterkampfe, in dem die Unternehmern schließlich ohne weiteres auf ihre Seranzziehung zu den Verhandlungen verzichteten.

Zur Förderung ihrer Bewegung haben die Gelben in Magdeburg beschlossen, in den größeren Orten bezw. Bezirken Ausschüsse zu bilden, die unter der Leitung eines Hauptauschusses stehen. Denselben ist eine Fülle von Aufgaben übertragen. Zur Charakterisierung dieser sonderbaren „Arbeiterbewegung“ sei weiter angeführt, daß ein Delegierter aus Völklingen im Saargebiet den Unternehmernwohlfabriks-Einrichtungen ein begeistertes Loblied sang. Den Glanzpunkt der Tagung aber bildete die Annahme einer Resolution, in der „geeignete Gesetzmäßigkeiten für den Schutz der Arbeitswilligen, insbesondere auch das Verbot des Streikpostens“ stehen, das in erster Linie zu schärferen Ausschreitungen Anlaß gibt, verlangt wird.

Wir sind der Meinung, daß Streikposten unbedingt Uebergriffe und Ausschreitungen vermeiden müssen, und bedauern es, daß namentlich seitens der „Genossen“ nicht immer die erforderliche Mäßigkeit beobachtet wird. Das rechtfertigt aber noch lange nicht ein Verbot des Streikpostens. Denn ohne Streikposten ist meistens ein Streik gar nicht durchführbar. Das Recht des Streikpostens ist deshalb ein integrierendes Teil des Koalitionsrechtes überhaupt, und kein anständiger Arbeiter wird deshalb darauf verzichten, viel weniger noch um sein Verbot bitten. Daher wird denn auch die Haltung der „Gelben“ verständlich. Sie verzichten auf das Koalitionsrecht, denn sie verpflichten sich ja, keiner Streikunterstützung zahlenden Organisation anzugehören; kein Wunder also, wenn sie dann auch das Verbot des Streikpostens fordern. Eins bedingt das andere.

Schmerz, laß nach! Die Generalkommission der Gewerkschaften hat eine sogenannte sozialpolitische Abteilung gegründet, die unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Robert Schmidt steht. Wie schon der Name sagt, hat sich diese Abteilung mit sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen. Sie hat deshalb auch die Geschäfte der bisherigen Kommissionen für Bauarbeiterschutz und zur Bekämpfung des Koff- und Logiszwanges übernommen. Auch die Gewerbeangelegenheiten sind ihr übertragen worden. Nun teilt der „Vorwärts“ in seiner Sonnabendnummer mit, daß in die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission am 1. Januar 1911 der Genosse Max

Schippel eintritt. Schippel hat lange Zeit den Wahlkreis Chemnitz im Reichstage vertreten, hat aber durch seine eigenartige wirtschaftspolitische Auffassung sich den heftigen Groll der Radikalen zugezogen, so daß er schließlich auf das Mandat in Chemnitz verzichten mußte. Erst in jüngerer Zeit hat Schippel wieder eine Lanze für die Sozialpolitik gebrochen. Jedenfalls steht fest, daß Schippel sich im Gegenseite zu der gegenwärtig in der Sozialdemokratie vorherrschenden radikalen Strömung befindet. Deshalb muß es bei dem Abhängigkeitsverhältnis, in dem sich die Gewerkschaften von der Partei befinden, einigermaßen bedauern, daß Schippel in die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission eintritt. Der „Vorwärts“ macht denn auch lediglich Mitteilung von diesem Vorgang, ohne daran irgend eine Bemerkung zu knüpfen. Den Schmerz können wir ihm nachfühlen.

Die 418. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am 23. Oktober, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses statt, wobei mitwirken werden: Fräulein Alta Caspari und Fräulein Margarete Feinrich (Duette und Lieder), Fräulein Elisabeth Söllander (Rezitation), Herr Wolfram Steinmann (Klavier). Außerdem wird an dem gleichen Tage, abends 7 Uhr, im Sörjaal des Kunstgewerbe-Museums, Prinz Albrechtstr. 7-8, als 419. Veranstaltung dieses Vereins Herr Dr. Max Osborn einen Projektionsvortrag über „Sans Thoma“ halten.

### Gewerkevereins-Teil.

§ Berlin. In der Nummer 83 des „Gewerkeverein“ in dem Versammlungsbericht unter „Berlin“ kommt der Satz vor: „daß es gelungen sei, die große Gefahr einer allgemeinen Aussperrung zu beseitigen, und auch die Werftarbeiter könnten mit den getroffenen Abmachungen zufrieden sein“. Vom Kollegen Gleichauf werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß er gegagt habe, die Arbeiter müßten mit den getroffenen Abmachungen zufrieden sein, da unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr zu erreichen war.

Um Mißdeutungen vorzubeugen, geben wir dieser Richtigstellung hiermit Raum.

§ Dresden. Unser Ortsverband hatte zum 13. Oktober eine öffentliche Versammlung einberufen, die sich eines sehr guten Besuchs erfreute. Kollege Verndt hielt einen Vortrag über die Reichsversicherungsordnung, der sehr beifällig aufgenommen wurde. Eine entsprechende Entschädigung wurde dem Reichstage zugesandt. Nach Erledigung dieser Angelegenheit sprach der Kollege Verndt noch über den Terrorismus, der neuerdings in besonderem Maße in der Arbeiterbewegung geübt wird. Er schilderte die Kampfweise der Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften an verschiedenen Stellen im Bau- und Färbereigewerbe und namentlich auch im Brauereigewerbe des Dresdener Bezirks. Mehrere „Genossen“ in der Versammlung anwesend waren, suchten die Ausführungen des Kollegen Verndt zu widerlegen, was eine scharfe Debatte hervorrief. Nach Beendigung derselben wurde folgende Resolution gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die am 13. Oktober im „Obaum“ tagende öffentliche Gewerkevereinsversammlung verurteilt den Terrorismus der frei gewerkschaftlichen Organisationen gegenüber den Mitgliedern der Deutschen Gewerkevereine auf das schärfste. Weiter protestiert die Versammlung energisch gegen alle Tariferträge, welche von Unternehmern einseitig mit den freien Gewerkschaften abgeschlossen werden, und durch die alle auf nationalem Boden stehenden Arbeiter von der Arbeit ausgeschlossen werden. Das Recht auf Arbeit haben nicht nur sozialdemokratische Arbeiter, sondern auch jedem anderen Arbeiter muß die Möglichkeit gesichert werden, für sich und seine Angehörigen Brot zu erwerben. Die Versammlung fordert alle Behörden und rechtlich denkenden Mitbürger auf, denjenigen Unternehmern, welche solche unmoralischen Verträge abschließen, keine Aufträge zu erteilen.“

Karl Heimberger, Ortsverbandsvorsitzender.

§ Erlangen. Die Stellungnahme zur bevorstehenden Gewerbegerichtsreform, die gefährdete Reichsversicherungsordnung und die Fleischsteuerung bildeten den Gegenstand der Beratungen einer auf den 9. Oktober einberufenen und überaus zahlreich besuchten Ortsverbandsversammlung. Referent war zu allen drei Punkten der Arbeitersekretär, Kollege Schlichter-Rienberg. Nach einem gründlichen Referat über die Entstehung und Entwicklung der Gewerbegerichts, deren Wert und Tätigkeit sowie unsere Stellungnahme bei den Wahlen folgte eine lebhafte Diskussion, die mit der Aufstellung der Kandidatenliste endigte. Weiter wurde eine Kommission gewählt, welche die weiteren Arbeiten zu erledigen hat. Nachdem noch über einzelne Punkte Aufklärung gegeben war, wurde diese Angelegenheit mit einem Appell an die Anwesenden, bei der Wahl energisch ihre Schuldigkeit zu tun, verabschiedet. Auch die Referate über die beiden anderen Punkte der Tagesordnung waren sehr lehrreich und zeitigten eine lebhafte Debatte. Zu beiden Punkten wurden Resolutionen angenommen, die an die maßgebenden Behörden abgedruckt worden sind.

Karl Duhler, Ortsverbandssekretär.

Aus der Laus. Die Christlichen sind jetzt an der Arbeit, um aus der unangenehmen Textilarbeiter-Bewegung in Sommerfeld und Fort Gemin zu schlagen. Alle verfügbaren Kräfte sind nach der Lausitz zusammengezogen, um bei der jetzigen Situation, die der Textilarbeiterverband unter der Textilarbeiterschaft herausgehoben hat, festen Fuß zu fassen.

Für uns Gewervereiner heißt jetzt die Parole: Augen auf! Führt die unorganisierten Arbeitermassen den Gewervereiner zu, wo auch die Mittel vorhanden sind, um Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren, ohne vorher scharf zu machen und mit Millionen zu reanimieren.

Verbands-Zeil.

Veranstaltungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewervereine (G.D.). Verbandsklub der Deutschen Gewervereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 19. Oktober, Vortrag des Kollegen Johannes Her: Ursachen der Handels- und Industriekrisen. Gäste herzlich willkommen.

Orts- und Bezirksverbände. Cottbus (Distriktsklub). Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hanske, Sandowstr. 42. - Duisburg (Distriktsklub). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Jasenlamp, Friedrich Wilhelmstr. 10, Distriktsklub.

Wendungen bzw. Erkennungen zum Abrechnungsverzeichnis. Stettin (Ortsverein der Schneider). E. Lohse, Solafbeamter, König Albertstr. 21.

Adressen der Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Auskunftsburcaus der Deutschen Gewervereine. Nachstehend geben wir die bisher übermittelten Adressen der Arbeitersekretariate usw. bekannt.

Table with 4 columns: Stadt, Bezirk, für den das Sekretariat errichtet ist; Adresse; Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Rows include Nachen, Bremen, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt-Rain, Magdeburg, Nürnberg, Saarbrücken, Stuttgart-Gannstatt.

Table with 4 columns: Stadt, Zur Benutzung für; Adresse; Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Rows include Altena, Augsburg, Augsburg, Berlin, Breslau, Dresden, Danzig, Dortmund, Dresden, Erfurt, Essen, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen, Kattowitz, Köln, Leipzig, Mannheim, M. Gladbach, Nordhausen, Siegen, Spremberg, St. in Elm, Warne.

Table with 4 columns: Ort, Errichtet für; Adresse; Das Bureau ist geöffnet: Wochentags, Sonntags. Rows include Bitterfeld, Chemnitz, Döbeln, Elberfeld, Großenhain, Grotzsch, Hagen, Halle a. S., Hamburg, Hannover, Linden, Reuß a. Rh., Oldenburg, Pirna, Röß a. S., Stettin, Sprottau, Striegau, Weiskensfeld, Plauen, Thron.

Anzeigen-Zeil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Advertisement for watches and jewelry. 'Alles zusammen nur zwei Mark! Uhrkette, Siegelring, Portemonnaie, Kraw.-Nadel.' Includes an image of a watch and a ring.

Advertisement for 'Billige böhmische Bettfedern' (cheap Bohemian bed feathers). Includes an image of a swan and text describing the quality and price.

Advertisement for 'Fort i. L. (Ortsverb.)'. 'Durchreisende Kollegen erhalten Bergspiegelarten bei August in Rülser, Buchstr. 6 I. Mittags von 12-1, abends von 7-8 Uhr.'